

VIERER-KONFERENZ

Wie in Panmunjon

Nach dem Beispiel von Panmunjon (zirka 480 Verhandlungstage) glauben die us-amerikanischen Quartiermacher, sich schon jetzt für die geplante Vierer-Konferenz in Berlin auf eine sehr lange Verhandlungsdauer vorbereiten zu müssen. Nur so erscheint die Auflage verständlich, über die Westberlins Bausenator Dr. Karl Mahler auf der behördlichen Weihnachtsfeier im Kasino des Verwaltungsgebäudes am Fehrbelliner Platz berichtet hat (allerdings mit dem ausdrücklichen Vermerk: „Das darf nicht in die Presse.“).

FDP-Funktionär Mahler steckte seinen Mitarbeitern zu den Kerzen am Weihnachtsbaum noch folgendes Licht auf: Er habe „von höherer Stelle“ die Anweisung bekommen, den Bau von Wohnungen für die Konferenz-Arbeitsstäbe der Vierer-Konferenz vorzubereiten. Von us-amerikanischer Seite sei dem Westberliner Senat mitgeteilt worden, daß man mit recht zähen und langwierigen Ost-West-Verhandlungen rechnen müsse.

Deshalb müßten verschiedene Objekte projiziert werden, die vom Einfamilienhaus für hochgestellte Konferenz-Teilnehmer bis zu den Wohnblocks für Sekretärinnen und Assistenten reichen. Es würden für diesen Zweck „mehrere neue Töpfe geöffnet, aus denen das Geld fließen wird“.

Vier Kilometer vom Fehrbelliner Platz entfernt, im Hauptquartier der SED, Wilhelm-Pieck-Straße 1, registrierte das SED-Zentralkomitee ähnliche Panmunjon-Tendenzen aus der Sowjetbotschaft. Deshalb wurde der für Anfang Juli 1954 bereits fest eingeplante SED-Parteitag auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die interne Begründung für diesen Aufschub lautet so: Für diesen Parteitag brauche die SED mindestens eine Vorbereitungszeit von acht Wochen, um in den Bezirksorganisationen Delegierten-Wahlen vorzunehmen und die „neue Linie“ abzusprechen. Diese „neue Linie“ sei aber völlig abhängig vom Verlauf der Vierer-Konferenz. Da sich darüber noch gar nichts sagen lasse, sei es besser, den Parteitag zu verschieben.

Sorge um den Teilstaat

Den bisher seltsamsten Beitrag zur bevorstehenden Konferenz der Großen Vier in der verhinderten Hauptstadt Berlin lieferte in der vergangenen Woche in der provisorischen Hauptstadt Bonn der deutsche Bundeskanzler.

Im Palais Schaumburg erläuterte der 77jährige Konrad Adenauer am letzten Montag den Plan seines 73jährigen Völkerrechtsberaters Professor Erich Kaufmann* für eine deutsche Wiedervereinigung. Dieser sogenannte Kaufmann-Plan, mit dem Kanzlers Plazer versehen, sieht nach freien gesamtdeutschen Wahlen vor:

- den Zusammentritt einer Nationalversammlung gemäß dem Wahlergebnis, die nur die Kompetenz haben soll, eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten,

* 1880 in Demmin in Pommern geboren, 1908 Privatdozent in Kiel, 1913 Universität Königsberg (Ordentlicher Professor), 1917 Universität Bonn, in den zwanziger Jahren Rechtsbeistand der Reichsregierung in wichtigen internationalen Verhandlungen, während der Hitler-Zeit in Holland, nach dem Krieg Ordinarius für Völkerrecht an der Universität München, Oktober 1950 emeritiert.



Die Stäbe brauchen Wohnungen...
Berlins Bausenator Karl Mahler

- die Bildung eines gesamtdeutschen Kabinetts gemäß der Zusammensetzung der Nationalversammlung, das nur die Kompetenz haben soll, einen gesamtdeutschen Friedensvertrag auszuhandeln,
- das Fortbestehen der Regierungen in Bonn und Pankow, die ihre bisherige Macht in ihren bisherigen Herrschaftsgebieten weiter ausüben sollen, bis gesamtdeutsche Verfassung und Friedensvertrag fertiggestellt sind.



...und Pläne zum Verhandeln
Bonns Rechtsberater Erich Kaufmann

Die vielgerühmten freien Wahlen, das Atout des Westens, sollen also nach dem Willen des Kanzlers Deutschland nicht sofort die Wiedervereinigung — und der Sowjetzone damit die Freiheit — bringen. Beides soll erst durch eine zweite Wahl geschehen, nachdem Verfassung und Friedensvertrag in Kraft getreten sind. Wann das aber geschieht, hängt von der Zustimmung oder dem Veto des Kremls ab: in ein, zwei oder fünf Jahren oder am Sankt-Nimmerleins-Tag, wie das österreichische Beispiel zeigt.

Der Deutsche Bundestag hingegen, dessen Willen allem gegenteiligen Scheine zum Trotz laut Grundgesetz auch der Kanzler unterworfen ist, hat sich zweimal in aller Schärfe gegen alle Pläne à la Kaufmann ausgesprochen.

In seiner 125. Sitzung vom 9. März 1951 faßte er auf Antrag der CDU-CSU, SPD, FDP, DP, der Bayernpartei, des Zentrums und des BHE eine Entschliebung, deren dritter Punkt lautete:

„Das aus solchen (freien gesamtdeutschen) Wahlen hervorgehende Parlament hat als echte Volksvertretung allein die Vollmachten einer verfassungs- und gesetzgebenden Versammlung. Es ist allein befugt, eine Regierung zu bilden und zu kontrollieren.“

Nachdem so festgelegt war, daß die Nationalversammlung nicht nur, wie jetzt nach dem Kaufmann-Plan, verfassunggebende, sondern auch gesetzgebende Vollmachten haben soll, fügte Konrad Adenauer damals in seiner Regierungserklärung am gleichen Tag selbst noch einen Passus hinzu, um auch keinen Zweifel über die Kompetenzen der zu bildenden gesamtdeutschen Regierung aufkommen zu lassen:

„Diesem (gesamtdeutschen) Parlament muß gleichzeitig die Aufgabe übertragen werden, bis zum Inkrafttreten einer freiheitlichen Verfassung die Wahrnehmung der gesamtdeutschen Regierungsgewalt zu regeln.“

Heute will der gleiche Konrad Adenauer der gesamtdeutschen Regierung nur das Aushandeln des Friedensvertrages übertragen.

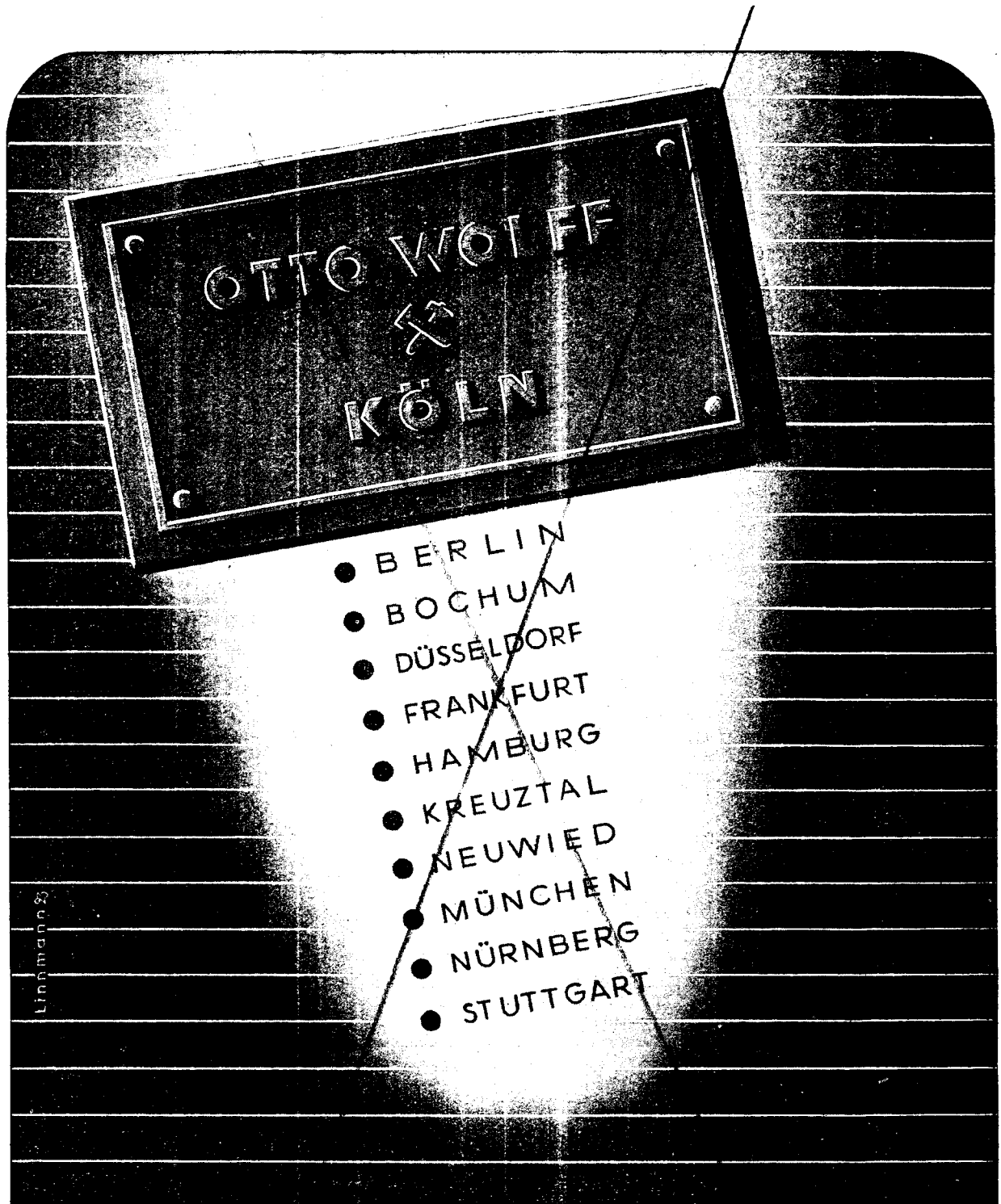
In seiner 189. Sitzung vom 6. Februar 1952 beschloß der Deutsche Bundestag dann sogar auf Antrag der CDU-CSU, SPD, FDP und DP ein gesamtdeutsches Wahlgesetz, dessen Artikel 4 lautete:

1. Die Nationalversammlung beschließt die Verfassung.
2. Sie hat diejenige Gewalt, die erforderlich ist, um bis zum Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische und föderative Ordnung herbeizuführen und zu sichern.

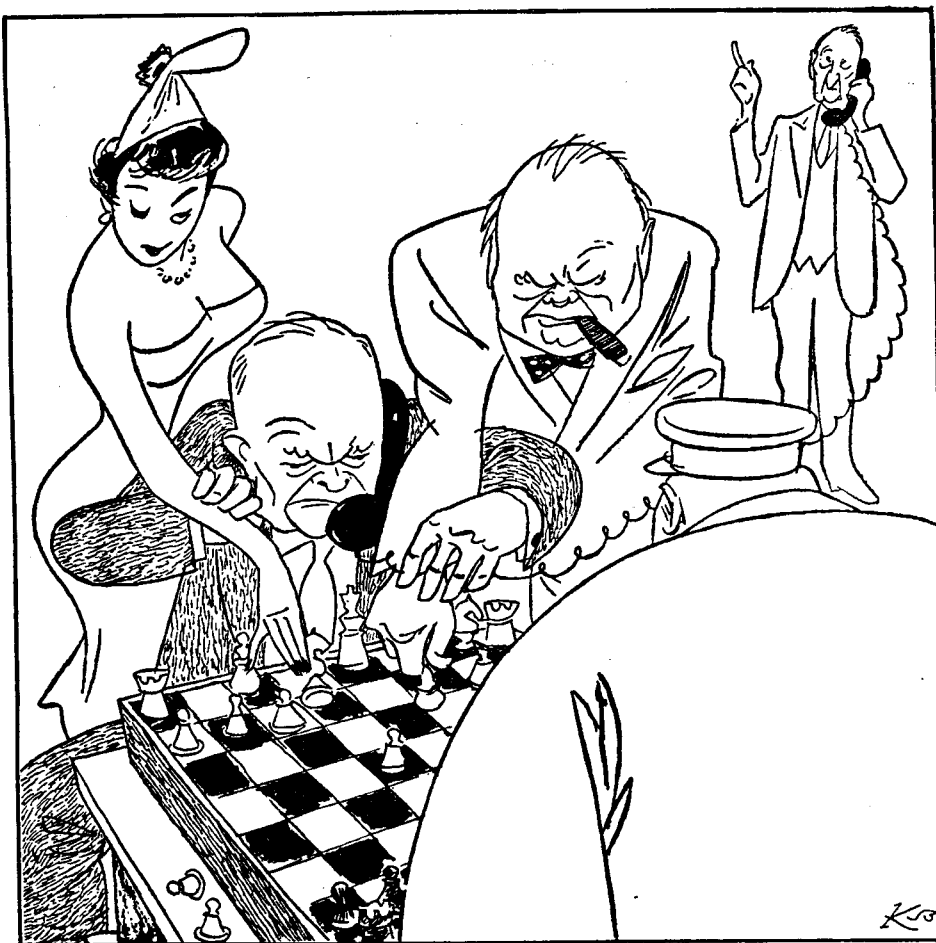
Außer der KPD, der Nationalen Rechten und der Mehrheit der Föderalistischen Union enthielten sich damals bei der namentlichen Abstimmung nur die Abgeordneten der CSU — einschließlich der heutigen Bundesminister Strauß und Schäffer — der Stimme oder stimmten mit Nein. Diese, weil im Artikel 4 „die Mitarbeit der Länder nicht ausdrücklich vorgesehen“ war. Bundeskanzler Konrad Adenauer aber stimmte wie die Mehrheit des Parlaments mit Ja.

Heute will er das Gegenteil. Die Freiheit in der Sowjetzone soll seiner Ansicht nach vorerst gewährleistet werden, indem „man dafür sorgt“, daß die formal demokratische Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“ der Sowjetzone auch wirklich angewandt werde.

Konrad Adenauer hat den einstweilen in Paris stationierten und bei Konferenzbeginn für Berlin vorgesehenen Leiter der



WALZSTAHL · BLECHE ·
WEISSBLECHE · RÖHREN ·
KALTBAND · EDELSTAHL · METALLE ·



Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung
Eine schwierige Partie

Rechtsabteilung des Außenamtes, Professor Wilhelm Grewe, angewiesen, dem an der Seine tagenden Expertenkomitee der Westmächte zur Vorbereitung der Viererkonferenz den Kaufmann-Plan als deutschen Standpunkt vorzutragen. Die Westalliierten sollen ihn in ihr Berliner Programm aufnehmen.

Wenn die Westmächte sich dennoch diesem Wunsch Konrad Adenauers versagen, so ist es nicht seine Schuld. Es hat andere Gründe. Alle drei alliierten Hohen Kommissionen in Bonn haben durch ihre politischen Beamten Material über den Kaufmann-Plan sammeln lassen und über die Absonderlichkeiten dieses Kanzler-Vorschlages an ihre Regierungen berichtet.

In allen Berichten wird übereinstimmend auf den Widerspruch zwischen Kanzler-

Wunsch und Parlaments-Willen hingewiesen und auf die Bedenken führender Bonner Politiker, einschließlich prominenter Mitglieder des interministeriellen deutschen Ausschusses zur Vorbereitung der Viererkonferenz, gegen den Kaufmann-Plan.

Dieser interministerielle Ausschuss, dem unter anderem die Bundesminister Kaiser, Schröder und Neumayer, Außenamtsstaatssekretär Walter Hallstein und SPD-Ostexperte Herbert Wehner angehören, soll die Regierung über die technischen Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung beraten.

In der Weihnachtswoche hält er seine dritte Sitzung ab. Schon in der zweiten Sitzung in der letzten Adventwoche hat er sich entschlossen, es nicht bei dem

Kaufmann-Plan zu belassen, sondern Alternativen auszuarbeiten.

Die Ursache für Konrad Adenauers seltsames Gebaren kann man nur ahnen. Der Bonner Korrespondent der Stuttgarter „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“, Richard Thilenius, schrieb: „Die Sorge, ihren deutschen Teilstaat solange wie möglich am Leben zu erhalten, kann ruhig den Herren Ulbricht und Grotewohl vorbehalten werden.“

HAFTPFLICHT

Der Amerikaner war schuld

Es gibt kaum einen trostloseren Anblick als eine blank geputzte, leere Metzgerei, in deren Mitte der Metzger im Sonntagsanzug steht. Dieses Bild bietet sich jetzt zur Weihnachtszeit in Malmshaus im Kreis Leonberg bei Stuttgart in der Metzgerei von Heinrich Stückel.

Stückel kann außerdem noch auf eine ebenfalls leere Schankwirtschaft verweisen, in der statt eines Schanktisches zwei Kohlesäureflaschen ziemlich unvermittelt aus der Erde gucken. Daß dies so ist, hängt ursächlich mit jenem Auto-unfall zusammen, dessen Opfer der Metzger und Gastwirt Heinrich Stückel vor einem guten Jahr wurde.

Am 18. September 1952 war ein amerikanisches Armeefahrzeug, ein schwerer Dreiaxler, auf der Strecke zwischen Möhringen und Echterdingen (bei Stuttgart) auf den Mercedes des Heinrich Stückel aufgefahren. Die Wucht des Anpralls war so groß gewesen, daß von Stückels Mercedes ein für 120 Mark verschrottbarer Rest, von Heinrich Stückel selbst ein nicht gerade lebensgefährlich verletztes, immerhin aber schwer lädiertes Häuflein Mensch übriggeblieben war. Die Schuld, von deutscher und amerikanischer Polizei alsbald protokollarisch festgelegt, war von Anfang an klar: Der Amerikaner war schuld gewesen.

Mit der Karambolage begann Stückels körperlicher und wirtschaftlicher Leidensweg, der zur Zeit nur durch die Langmut von Stückels Gläubigern ein Wundpflasterchen erhält.

Stückel war nach dem Unfall mit einer „sechs Zentimeter langen, weit klaffenden, tiefen, gelaupen Platz- und Reißwunde“ über der linken Augenbraue, außerdem mit Schürfungen, Prellungen und einer Rippenfraktur ins Krankenhaus gebracht und von dort zu ambulanter Behandlung entlassen worden. Nach fünf Wochen Bettaufenthalt versuchte Stückel trotz starker Kopfschmerzen aufzustehen; im Dezember 1952 nahm er die Arbeit in seiner Metzgerei wieder auf.

SÖHNLEIN
DER SEKT FÜR'S HERZ

